JUNGE FREIHEIT
Nr. 27/12 | 29. Juni 2012

Thyssen-Krupp hat sich verkalkuliert

Brüchiger Stahlkönig

Krupp war im Stahl einmal das Maß aller Dinge. 1840 bereits lieferten die Essener den besten Guß- und seit 1862 den führenden Bessemerstahl der Welt, obwohl beide Produktionsverfahren eigentlich in England erfunden worden waren. Das Unternehmen hatte das Patent auf den nahtlosen Radreifen für Eisenbahnwaggons, der das rollende Material von Rußland bis Amerika revolutionierte und Krupp weltweit bekannt machte – so bekannt, daß die drei ineinander verflochtenen Stahlräder bis heute das Logo des Unternehmens sind.

VON **MARC BRANDSTETTER**

» Seit den sechziger Jahren geht das Unternehmen durch zyklisch wechselnde Krisen. «

Im Kaiserreich ging es weiter aufwärts. 1887 zählte Krupp etwa 20.000 Mitarbeiter, zu Beginn des Ersten Weltkriegs hatte man bereits 80.000 und war damit das größte deutsche Privatunternehmen. Die Sozialleistungen von Krupp waren genauso legendär wie die Abteilungen für Forschung, Entwicklung und Materialprüfungen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wandte sich Krupp von der einst dominanten Rüstungssparte ab. Nicht mehr Stahl und Kanonen dominierten nun das Geschäft, sondern die Projektierung von Großanlagen und der Bau schlüsselfertiger Fabriken, die Konstruktion von Spezialmaschinen und kühnen Brücken. Krupp profitierte vom Wirtschaftswunder und war längst ein global agierendes Unternehmen, als noch keiner von Globalisierung redete. Anfang der 1960er Jahre geriet das Unternehmen dann in eine schwere Finanzkrise. Die Summe der Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz stieg auf 70 Prozent, die Banken meuterten, die Liquidität war gefährdet, nur eine staatliche Millionenbürgschaft konnte 1967 das Überleben des Konzerns sichern. Seitdem geht das Unternehmen durch zyklisch wechselnde Krisen – weder die Übernahme von Hoesch (1991) noch die von Thyssen (1999) schuf Abhilfe.

2007 wollte die Unternehmensleitung die Probleme durch einen gigantischen Befreiungsschlag lösen: Zwei Stahlwerke, die modernsten der Welt, eines in Brasilien, das andere in den USA, sollten die Wende bringen. Die Idee: In Brasilien sollten kostengünstig Erze abgebaut, verhüttet, zu Brammen gegossen, dann per Schiff nach Alabama transportiert und dort zu hochwertigen Blechen für die Industrie verarbeitet werden.

Gleich mehrere Faktoren machten einen Strich durch die Rechnung. Die Baukosten waren fünfmal höher als veranschlagt, die Fertigstellung mußte immer wieder verschoben werden. Als die Werke 2010 in Brasilien und Alabama anliefen, war es mit dem durch China ausgelösten Stahlboom vorbei. Die US-Autoindustrie, für die die Produktion gedacht war, berappelte sich aus einer Jahrhundertkrise. Nun sucht das Unternehmen einen Käufer für beide Werke. Früher oder später wird sich einer finden, aber der Konzern wird hohe Wertberichtigungen hinnehmen müssen, was Bilanzen, Ertrag und den schon arg gebeutelten Aktienkurs noch lange belasten wird.

Bund und Länder starten Deutschlandbonds

Der Zinssozialismus beginnt

Von **Christian Schwießelmann**

Herr A stottert seine Schulden langsam ab, Herr B dagegen macht seit Jahren neue. Nun fordert die Bank beide auf, einen gemeinsamen Kredit aufzunehmen, damit B ebenso günstige Konditionen wie A erhält. Was auf der Verbraucherebene absurd klingt, hat zwischen Bund und Ländern demnächst Methode: „Angesichts des Fiskalpakts und des Verschuldungsverbots für die Länder ab 2020 können zukünftig gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern vernünftig sein“, heißt es in einem Eckpunktepapier. Regierung und Opposition haben sich zu einem „intelligenten Schuldenmanagement“ verabredet, das in Wahrheit auf „Zinssozialismus“ hinausläuft.

Jeder Erstsemester im Ökonomiestudium weiß, daß der Zins – wie jedes Preissignal – über ein knappes Gut informiert und unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kreditvertrages spiegelt. Zu niedrigen Zinsen dürfen sich wirtschaftlich erfolgreiche und sparsame Länder wie Bayern refinanzieren, hohe Zinsaufschläge müssen Pleitestaaten wie Berlin oder Bremen auf dem Kreditmarkt löhnen. Damit soll es nun vorbei sein. Die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat und die schwarz-gelbe im Bundestag haben in einem weiteren Akt des deutschen Kuhhandelförderalismus ausgekungelt, wie die öffentliche Hand im „Huckepackverfahren“ neue Schulden aufnehmen kann. Trickreich euphemistisch heißen die gemeinsamen Anleihen Deutschlandbonds und sollen schon 2013 starten.

Für Merkels Widerstandskraft gegen gemeinsame europäische Anleihen läßt dies tief blicken: Wer zu Deutschlandbonds ja sagt, wird zu Euro-Bonds schlecht nein sagen können. Euro-Krise und der Fiskalpakt liefern der politischen Klasse den Vorwand, um die mittlerweile in den Landesverfassungen verankerten Schuldenbremsen zu umgehen. Marktwirtschaft hin oder her – in der heraufdämmernden EUdSSR wird eine Zentrale Planungskommission bald ohnehin alle Preise, auch die Zinsen, festlegen.

FOTO: FOTOLIA, O. DIRSON

Auf dem Ritt in den EU-Zentralstaat: ESM und Fiskalpakt besiegeln das Ende haushaltspolitischer Souveränität in den Euro-Ländern

Das Trojanische Pferd ist gesattelt

Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM kastriert die Budgetrechte der nationalen Parlamente

THORSTEN POLLEIT

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) erweckt den Anschein, ein betragsmäßig begrenztes Instrument zur „Bekämpfung“ der Schuldenkrise im Euro-Raum zu sein und unter der Kontrolle der nationalen Parlamente zu stehen. Doch das ist ein Trugschluß. Der ESM-Vertrag verlagert die Budgethoheit von den Nationalstaaten auf die europäische Bürokratieebene. Diese Wirkung mag für den flüchtigen Leser des Vertragswerkes jedoch nicht unmittelbar erkennbar sein, schließlich haben die Verfasser des Vertrages ganze Arbeit geleistet, um sein wahres Gesicht zu verbergen.

Der ESM-Vertrag wird Deutschland verpflichten, sich am Betrag des einzuzahlenden Kapitals des ESM in Höhe von 80 Milliarden Euro mit rund 22 Milliarden Euro zu beteiligen. Darüber hinaus wird eine Beteiligung am Gesamtbetrag des abrufbaren Kapitals von 620 Milliarden Euro mit rund 168 Milliarden Euro zugesagt.

Die Entscheidungsgremien des ESM sind der Gouverneursrat und das Direktorium. Deren Beschlußfähigkeit ist gegeben, wenn zwei Drittel der Stimmen anwesend sind. Die Anwesenheit Deutschlands, das den größten Teil in Höhe von 27,14 Prozent des ESM-Kapitals einzuzahlen hat, ist damit gar nicht erforderlich! Schon bei einer Anwesenheitspflicht von drei Viertel wäre eine Anwesenheit Deutschlands verpflichtend gewesen – aber das wollten die Vertragsverfasser wohl vermeiden.

Die Mitglieder des Gouverneursrats werden von den Regierungen der ESM-Mitgliedsländer entsandt, und sie wiederum ernennen die Mitglieder des Direktoriums. Doch nicht etwa der Gouverneursrat ist das machtvolle Gremium, sondern das Direktorium. Ja, die national-parlamentarische Verankerung des Gouverneursrats als Kontrollorgan entpuppt sich als reine Augenwischerei. Der Gouverneursrat dient vielmehr dazu, das Direktorium, in dem die eigentliche Macht liegt, faktisch von der Kontrolle der nationalen Parlamente abzuschirmen. Das zeigt sich recht ungeschminkt bei dem wohl wichtigsten Aspekt: dem zusätzlichen Kapitalabruf durch den ESM. Hierüber entscheidet zwar formal der Gouverneursrat im „gegenseitigen Einvernehmen“. Das Direktorium kann jedoch mit einfacher Mehrheit – gegen die deutsche Stimme – den Kapitalabruf selbst vornehmen, wenn ein Verlust entstanden ist. Dies ist zum einen eine sehr auffällige Abweichung vom normalen Zustimmungsbedarf von 80 Prozent der Stimmen.

Vertragsmäßige Überrumpelung

Zum anderen macht stutzig, daß der ESM-Vertragstext nichts darüber aussagt, was ein „Verlust“ ist. Ihn festzustellen obliegt der Beliebigkeit des Direktoriums. Letzteres kann zum Beispiel den Erwerb einer Staatsanleihe – unabhängig von ihrem Kauf- und Marktwert – als Verlust gemäß einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung feststellen. Faktisch erhält das Direktorium so einen Anspruch auf einen „unlimitierten Geldbetrag“, den er ohne Zustimmung der nationalen Parlamente von jedem ESM-Mitglied, das noch zahlungsfähig ist, abfordern kann. Mit anderen Worten: Das Direktorium hat Anspruch auf das Nachfüllen des Glases, das es austrinkt – und damit gehört ihm faktisch das Faß des Wirtes, der verpflichtet ist, das leere Glas nachzuschenken.

Anders als vielfach gedacht, ist der ESM volumenmäßig nach oben auch nicht beschränkt. So hat der Gouverneursrat die Möglichkeit, ein beliebig hohes Aufgeld (Agio) zu erheben, und zwar bei „besonderen Umständen“, die aber nicht inhaltlich definiert werden. Das bedeutet ein betragsmäßig unbegrenztes Agio: Mit den letzten 100 Euro genehmigtes Stammkapital können 10 Billionen Euro eingefordert werden. Auch ohne Mitwirkung Deutschlands kann eine beliebige Haftungssumme formal korrekt erreicht werden. Die Mitglieder des Gouverneursrates und des Direktoriums genießen persönliche Immunität in bezug auf ihre Amtshandlungen, Schriftstücke und Unterlagen. Unter Verweis auf ihre Schweigepflicht könnten sie sich weigern, den Deutschen Bundestag zu unterrichten. Ein parlamentswidriges Abstimmen eines nationalen Vertreters im ESM kann auch nicht durch nationales Recht geahndet werden. Sollte ein Land die Auflagen der gewährten Hilfeleistung nicht einhalten, können die helfenden Länder keine Einstellung der Hilfe bewirken, diese Entscheidung faßt allein das Direktorium. Der Gouverneursrat hat keine Möglichkeit, die Zahlungen zu stoppen, ein einzelnes Mitglied sowieso nicht.

Der ESM-Vertrag öffnet die Tür, eine unbeschränkte Schuldenfinanzierung durch die Europäische Zentralbank (EZB) abzuwickeln. In der Praxis wird es entweder so laufen, daß der ESM Anleihen herausgibt und diese an private Banken verkauft, die wiederum zum Kauf neues Geld von der EZB bekommen. Oder der ESM, wenn er erst einmal etabliert ist und Kredite braucht, erhält eine Banklizenz mit direktem Zugang zu billigem EZB-Geld. Das, was im Maastricht-Vertrag ausgeschlossen werden sollte, stellt der ESM in Aussicht: Die EZB finanziert unverhohlen die Staatsschuld mit der Notenpresse.

Der ESM ist ein Trojanisches Pferd, um die nationalen Parlamente finanzpolitisch zu entmachten – und zwar durch vertragsmäßige Überrumpelung, wie es scheint. Er entspringt dem Geist, der ein sozialistisches Europa schaffen will, ein Europa, das viele Bürger vermutlich nicht wollten, als ihre nationalen Währungen zu Euros umgemünzt wurden.

Thorsten Polleit ist Chefvolkswirt der Degussa Goldhandel GmbH und Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance & Management.
▶ www.thorstenpolleit.com

Fiskalpakt und ESM

Der Europäische Fiskalpakt (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion) verpflichtet die Unterzeichnerstaaten zu strengerer Haushaltsdisziplin und gemeinsamer Fiskalpolitik. 1. Dazu gehören ausgeglichene Haushalte. Das jährliche Defizit darf nicht 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes überschreiten. 2. Nationale Schuldenbremsen sollen in allen Unterzeichnerstaaten in der Verfassung verankert werden. Der Europäische Gerichtshof überwacht die Umsetzung der Schuldenbremse auf nationaler Ebene. 3. Sanktionsmechanismen treten automatisch bei zu hohen Schulden in Kraft. Neue Schulden und Regelverletzungen müssen sofort nach Brüssel gemeldet werden, zudem sind Staatsschulden über 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes pro Jahr um ein Zwanzigstel abzubauen. EU-Kommission und Europäischer Rat überwachen die Haushaltspläne der Mitgliedsstaaten in der Fiskalunion. 4. Hilfen aus dem dauerhaften Europäischen Rettungsschirm ESM werden nur den Unterzeichnern des Fiskalpakts gewährt.

Ihr Bestellschein

JF-BD-27/2012

Bestellschein abschicken oder faxen.
JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax · 030-86 49 53-40 · Bestelltelefon 030-86 49 53 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

Bestelladresse Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!
Kundennummer (Falls zur Hand)
Vorname/Name
Straße/Nr. (Kein Postfach)
PLZ/Ort
Telefon
E-Post
Datum/Unterschrift

Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,–. Bei Bestellungen unter EUR 50,– beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,– an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,–. Für außereuropäische Staaten EUR 18,–. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

Dieter Spethmann
Zeitbombe Staatsverschuldung: Keine Euro-Bonds und kein ESM

Dieter Spethmann, ehemaliger Thyssen-Chef, Streiter gegen den Euro, legt eine neue Denkschrift vor. Es geht um die Staatsverschuldung. Spethmann zeichnet die Entwicklungen der jüngsten Zeit nach, blickt auch in die Geschichte, und zieht seine Lehren. Die Politik muß handeln, mehr für den Industriestandort Deutschland tun und letztendlich aus dem Euro aussteigen.
55 S., Pb.
EUR 7,80 / *Best.-Nr. 91593*

Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider, Dieter Spethmann, Joachim Starbatty
Das Euro-Abenteuer geht zu Ende
Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört

Vor dem Bundesverfassungsgericht klagten die fünf Autoren gegen den sogenannten Euro-Rettungsschirm. In diesem Buch entlarven sie die dreistesten Euro-Lügen. Und sie analysieren in einer auch für Nichtfachleute nachvollziehbaren Form die weitreichenden Folgen der brandgefährlichen „Euro-Rettung“.
252 S., geb.
EUR 19,95 / *Best.-Nr. 91276*

Bruno Bandulet, Wilhelm Hankel, Bernd-Thomas Ramb, Karl Albrecht Schachtschneider, Udo Ulfkotte
Gebt uns unsere D-Mark zurück
Fünf Experten beantworten die wichtigsten Fragen zum kommenden Staatsbankrott

Die D-Mark stand über viele Jahrzehnte für den Wiederaufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg, für Stabilität, Wirtschaftswachstum und vor allem Wohlstand. Millionen Menschen trauern ihr inzwischen nach. Die Versprechungen der Politiker, nach denen der Euro ebenso stabil sein werde wie einst die D-Mark, haben sich in Luft aufgelöst.
128 S., geb.
EUR 12,95 / *Best.-Nr. 91554*

Dieter Spethmann
Der Euro plündert Deutschland

Dieter Spethmann, der ehemalige Thyssenchef, Experte in Währungsfragen, Gegner des Euro, aber Freund der Europäischen Integration, faßt pointiert und leicht verständlich die krisenhaften Ereignisse der vergangenen Monate rund um den Euro zusammen. Die Lösung des Euro-Dilemmas kann, so der Autor, nur über die Renationalisierung der Währungen gelingen.
48 S., Pb.
EUR 7,80 / *Best.-Nr. 91500*

Bernd- Thomas Ramb
Der Zusammenbruch unserer Währung
... und wie man sich darauf vorbereitet

Ein brillant recherchiertes und für jedermann verständlich geschriebenes Buch. Die Politiker können beschwichtigen und lügen, wie sie wollen: Der Euro wird kippen – und wer sich nicht darauf vorbereitet, der wird alles verlieren, wofür er ein ganzes Leben gearbeitet hat.
168 S., Pb.
EUR 14,90 / *Best.-Nr. 90899*

Frank Schäffler, Eberhard & Eike Hamer
Warum lassen wir das geschehen?
Eurokrise: Die Lust am gemeinsamen Untergang

Der als Euro-Rebell bekannt gewordene FDP-Abgeordnete Frank Schäffler sowie Eberhard und Eike Hamer („Was tun, wenn der Crash kommt?“) haben einige ihrer Beiträge über Chancen und Risiken zum Euro-Rettungspaket nun zur Diskussion als Sammelband herausgegeben.
76 S., Pb.
EUR 5,00 / *Best.-Nr. 91428*

Thilo Sarrazin
Europa braucht den Euro nicht

Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat

Mit der drohenden Staatspleite einzelner Länder hat der Traum von der Europäischen Währungsunion seine Risiken offenbart. Sarrazin zeichnet die verheerenden Resultate nach und stellt die Debatte vom Kopf auf die Füße.
464 S., geb.
EUR 22,99 / *Best.-Nr. 91537*

JF-Buchdienst.de